

Stand: 30.04.2026 10:37:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/139

"Global Compact for Migration stoppen - kein Vollzug durch bayerische Behörden"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/139 vom 22.01.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 6 vom 23.01.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/476 des VF vom 19.02.2019
4. Beschluss des Plenums 18/613 vom 13.03.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 12 vom 13.03.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

Global Compact for Migration stoppen – kein Vollzug durch bayerische Behörden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen, dass keinerlei Maßnahmen und Regelungen zur Erfüllung der Ziele des Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration (GCM) getroffen werden; insbesondere ist zu verhindern, dass sich aufgrund des Völkergewohnheitsrechts eine künftige Rechtsprechung auf diesen Vertrag stützt.

Begründung:

Durch den GCM sollen Regelungen zur Migration jener Personen getroffen werden, welche nicht primär dem Schutz des internationalen Flüchtlingsrechts unterliegen. Der GCM umfasst neben der Präambel, der Darstellung von „Visionen und Leitlinien“ einen sogenannten Kooperationsrahmen, der 23 Ziele enthält, zu deren Umsetzung, Weiterverfolgung und Überprüfung sich die unterzeichnenden Staaten verpflichten.

Die Umsetzung und Unterstützung der Ziele würden über die geltende deutsche Rechtslage hinausgehen, so z. B.:

- Schaffung einer Übertragung von Ansprüchen in der Sozialversicherung,
- Anerkennung von formal nicht erworbenen Qualifikationen,
- Ansiedlungsoptionen für Klimaflüchtlinge.

Eingriff in die Presse-, Meinungs- und Forschungsfreiheit

Weiterhin würde die Erfüllung der Ziele des GCM die Grundrechte unserer Bürger massiv einschränken; so greift dieser in die Presse-, Meinungs- und Forschungsfreiheit ein. Es sollen ausschließlich Vorteile der Einwanderung mit der Aufnahmegesellschaft kommuniziert und negative Aspekte unterbunden werden. Medienschaffende sollen gezielt dazu erzogen werden, nur noch positive Meldungen über Migranten zu verbreiten. Jede negative Äußerung und damit zusammenhängende Intoleranz gegenüber Migranten soll verurteilt und bekämpft werden; dazu sollen spezielle Rechtsvorschriften erlassen werden.

Aufhebung des illegalen Aufenthalts

Durch den GCM wird die Unterscheidung zwischen legaler und illegaler Migration aufgehoben; laut diesem gibt es allenfalls nur noch irreguläre Migranten und die Staaten sind dazu verpflichtet, diese zu legalisieren. Damit wären keine Zurückweisungen mehr möglich und der Sinn der neu geschaffenen Bayerischen Grenzpolizei würde sich erledigen.

Verbot von Ausweisungen und ANKER-Zentren

Weiterhin dürfen keinerlei Ausweisungen mehr erfolgen, da illegale Aufenthalte zu legalisierten Aufenthalten umzuwandeln sind. Damit würden auch die neu geschaffenen ANKER-Zentren ihrer Sinnhaftigkeit beraubt. Zudem Migranten nur für den kürzest möglichen Zeitraum festgehalten werden dürfen und jedweder Alternative zur Sistierung in einem ANKER-Zentrum Vorrang hätte. Weiterhin sind Flüchtlingslager und -siedlungen nach der New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten nur zur Erfüllung der zivilen und humanitären Bedürfnisse nutzbar und dürfen gerade nicht dazu verwendet werden, um staatliche Maßnahmen umzusetzen.

FREIEN WÄHLER und eine Stimme bei den GRÜNEN. Enthaltungen! – Das sind die Fraktionen der FDP und, bis auf eine Stimme, der AfD. Der Dringlichkeitsantrag ist abgelehnt.

Jetzt komme ich zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU auf Drucksache 18/144. Die CSU-Fraktion hat namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte darum, die Abstimmungsurnen aufzustellen. Sie haben fünf Minuten Zeit. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 19:24 bis 19:29 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe hiermit die Abstimmung. Ich darf Sie bitten, in den Plenarsaal zurückzukommen und die Plätze wieder einzunehmen. Das Abstimmungsergebnis wird ermittelt und später bekannt gegeben.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/137 mit 18/139, 18/141, 18/146 und 18/147 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3 a** auf:

**Wahl
der bzw. des Vorsitzenden des Beirats beim Unternehmen
"Bayerische Staatsforsten" sowie Bekanntgabe der Mitglieder des
Beirats beim Unternehmen "Bayerische Staatsforsten"**

Nach Artikel 12 Absatz 2 des Staatsforstengesetzes gehören dem Beirat beim Unternehmen "Bayerische Staatsforsten" unter anderem die oder der Vorsitzende des Beirats, der vom Landtag zu wählen ist, sowie je ein Mitglied der im Landtag vertretenen Fraktionen an. Die von den Fraktionen für den Beirat benannten Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder können der Ihnen vorliegenden Mitteilung auf Drucksache 18/29 entnommen werden.

Als Kandidat für die Position des Vorsitzenden des Beirats wurde vonseiten der CSU-Fraktion Herr Martin Schöffel vorgeschlagen. Im Ältestenrat wurde vereinbart, dass eine Aussprache hierzu nicht stattfindet und die Wahl, wie es die Geschäftsordnung zulässt, in einfacher Form durch Handzeichen durchgeführt wird.

Wer mit der Wahl von Herrn Martin Schöffel zum Vorsitzenden des Beirats beim Unternehmen "Bayerische Staatsforsten" einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und einzelne Stimmen aus der Fraktion der AfD. Gegenstimmen! – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen! – Vier Stimmenthaltungen bei der Fraktion der AfD.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 b** auf:

**Bestellung
von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für den
Stiftungsrat der Bayerischen Landesstiftung (s. a. Anlage 3)**

Nach Artikel 8 Absätze 2 und 3 des Gesetzes über die Errichtung der Bayerischen Landesstiftung entsendet der Landtag in den Stiftungsrat sieben Vertreter, die für fünf Jahre bestellt werden. Nach Absatz 6 derselben Vorschrift können auch Stellvertreter bestimmt werden. Die Amtsdauer endet vorzeitig mit dem Ausscheiden aus dem Landtag.

Entsprechend dem Stärkeverhältnis der Fraktionen – Sainte-Laguë/Schepers – entfallen auf die Fraktion der CSU drei Mitglieder und auf die Fraktionen von



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk,
Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)**

Drs. 18/139

Global Compact for Migration stoppen - kein Vollzug durch bayerische Behörden

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Christoph Maier**
Mitberichterstatter: **Tobias Reiß**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 4. Sitzung am 7. Februar 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 6. Sitzung am 19. Februar 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/139, 18/476

Global Compact for Migration stoppen – kein Vollzug durch bayerische Behörden

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 9. Darüber soll auf Wunsch der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gesondert ohne Aussprache, aber namentlich abgestimmt werden.

(...)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Nun erfolgt die Abstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlage – –

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte jetzt ernsthaft darum, die Plätze einzunehmen.

(Zuruf: Ernsthaft?)

– Ganz ernsthaft, ja. Sie können Ihren Platz natürlich auch ohne Ernst einnehmen, das entspricht aber nicht der Würde des Hauses. – Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der ausgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und teilweise der AfD. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen! – Eine aus den Reihen der AfD. Der Landtag übernimmt diese Voten.

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Global Compact for Migration stoppen – kein Vollzug durch bayerische Behörden
Drs. 18/139, 18/476 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus (Tessa) Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geschlechtliche Vielfalt im öffentlichen Dienst anerkennen, Leitlinien zum Umgang mit Angleichung und Anerkennung des Geschlechts erstellen
Drs. 18/149, 18/484 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus (Tessa) Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Der dritten Geschlechtsoption im öffentlichen Dienst ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld ermöglichen
Drs. 18/150, 18/485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

